

Die fremden Richter sind längst da

Im Streit um die Europapolitik spielen die EU-Richter eine wichtige Rolle. Doch bereits heute hat der Europäische Gerichtshof viel mehr Einfluss auf die Schweiz, als bekannt ist. **Von Daniel Friedli**

Werden sie den Schweizer Störmen helfen? Als letzten Ausweg sieht die Netzgesellschaft Swissgrid den Gang zu den europäischen Richtern in Luxemburg. Das Unternehmen möchte sich «Mari» und «Picasso» anschliessen, zwei europäischen Plattformen zum Austausch von Regenergie über die Grenzen. Doch die zuständige EU-Agentur Acer lehnte ab. Man will die Schweiz nicht im Boot haben, solange sie ihre Beziehung zur EU nicht neu geregelt hat. Also reichte Swissgrid im September beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) drei Klagen gegen Acer ein, wie das Unternehmen bestätigt. Nun sollen ihm die Richter der EU zum Einsitz in diesen Plattformen verhelfen.

Die Schweiz und der EuGH. Das ist und bleibt das Reizthema, wenn der Bundesrat nach den innenpolitischen Konsultationen (siehe Zweittext) bald wieder mit der EU über neue bilaterale Regeln verhandelt. Welche Rolle kommt ihm im Streitfall zu? Wie verbindlich wäre seine Auslegung? Und unterstellt sich die Schweiz damit, wie die SVP immer wieder kritisiert, «fremden Richtern»?

Fremd mögen diese Richter sein, ihre Urteile sind aber laut Matthias Oesch bereits heute in den gelebten Schweizer Rechtsalltag integriert. Der Zürcher Professor für Europarecht hat kürzlich ein Buch über den Gerichtshof publiziert und bilanziert darin: Der EuGH prägt nicht nur das Leben in Europa nachhaltig, sondern auch jenes in der Schweiz. Und dies, wie Oesch sagt, «in deutlich grösserem Ausmass, als es in der breiten Gesellschaft und der Politik bekannt ist». Das EU-Recht «durchdringt das schweizerische Recht mittlerweile in seiner ganzen Breite und Tiefe».



Ihre Urteile prägen den Schweizer Rechtsalltag bereits: Mitglieder des Europäischen Gerichtshofs im Jahr 2022.



Professor Matthias Oesch, Autor des Buches «Der EuGH und die Schweiz».

hufen Zürich-Kloten einschränkte. Der Fall ging verloren.

Im Übrigen legen die Behörden und Gerichte die bilateralen Verträge, die auf EU-Recht beruhen, routinemässig im Licht der Praxis des EuGH aus. So zog etwa das Bundesgericht Urteile aus Luxemburg zu Rate, als es 2015 und 2022 zwei weitreichende und kontroverse Entscheide fällte: Das Freizügigkeitsabkommen sowie das Dubliner Asylabkommen, so das Gericht, haben Vorrang vor dem Schweizer Recht. Sie müssen also auch angewendet werden, wenn der Schweizer Gesetzgeber bewusst andere Regeln beschlossen hat. Dieser Blick zum EuGH erfolgt selbst dann, wenn daraus Urteile mit etwas paradoxen Folgen resultieren. So kann es beim Familiennachzug nun passieren, dass ein EU-Bürger, der in der Schweiz lebt, seine brasilianische Frau einfacher zu sich holen kann als ein Schweizer. Und es wäre denkbar, dass ein Notar aus Deutschland im Aargau einfacher praktizieren kann als einer aus Bern.

Auch Bundesrat und Parlament bedienen sich gerne beim europäischen Recht, das sie ordnerweise autonom nachvollziehen. Eines von unzähligen Beispielen ist die Übernahme der Sommerzeit, erst vor drei Tagen kamen Höchstwerte für gewisse chemische Substanzen in Eiern, Fleisch und Fisch dazu. Dabei bleibt es aber nicht beim Nachvollzug allein. Die Behörden sind auch gehalten, dieses nachvollzogene Recht dann europakompatibel ausulegen. Die Wettbewerbskommission etwa tat dies, als sie auch gestützt auf den EuGH den Parallelimport von Elmex-Zahn-

pasta aus Österreich erlaubte. Ja, es ist sogar schon vorgekommen, dass das Bundesverwaltungsgericht ein Verfahren sistiert hat, um einen Entscheid des EuGH in gleicher Sache abzuwarten.

Häufig dient das Unionsrecht und dessen Auslegung der Schweiz sodann als Inspirationsquelle, zum Beispiel beim Gesetz für die Gleichstellung der Geschlechter. Und schliesslich ist die Schweiz ab und an faktisch gezwungen, europäische Regeln zu übernehmen. Aktuell zeigt sich dies etwa bei den Sanktionen, wo die Schweiz jene der EU gegen Syrien und Russland übernehmen hat und fortlaufend anpasst. Dabei strich sie den Geschäftsmann Nizar Assaad wieder von der Sanktionsliste, nachdem der EuGH dessen Listung als Missverständnis taxiert hatte.

Brüssel gibt den Takt vor

Oesch kommt damit zum Fazit, dass auch abseits der bilateralen Verträge gilt: «Brüssel, Strassburg und Luxemburg geben den Takt an; die Schweiz folgt hinten an.» Und manchmal wirkt der Einfluss der Richter gar, ohne dass sich die Schweizer Behörden überhaupt bewegen. Das «Recht auf Vergessenwerden» im Internet etwa, das der EuGH durchsetzte, wendet Google auch in der Schweiz an. Man kann bei Google Schweiz einen Antrag auf Entfernen von Suchergebnissen nach europäischem Datenschutzrecht stellen.

Alles in allem findet es Oesch «eindrücklich», in welchem Ausmass der EuGH seine Spuren auch im Schweizer Rechtsalltag hinterlässt und wie unaufgeregt schweizerische

Behörden und Gerichte dazu beitragen. Für bedenklich hält er dies nicht, solange es bewusst geschieht. Und umso pragmatischer scheint ihm die Lösung, die der Bundesrat nun für die neuen Verhandlungen mit der EU bei der Streitbeilegung in die Wege geleitet hat: ein paritätisches Schiedsgericht, das über die Streitfälle entscheidet, dabei aber bei Fragen zu europäischem Recht die verbindliche Auslegung des EuGH einholt.

Für die Gegner neuer Abkommen gibt die Schweiz damit zu viel Souveränität her. Oesch räumt ein, dass der Schritt institutionell ein beachtlicher sei. Die praktischen Folgen dürften aber überschaubar bleiben, da ein solches Schiedsgericht nur in wenigen Fällen überhaupt zum Einsatz käme. Und auch wenn der EuGH formell das Gericht der Gegenpartei und die Schweiz darin nicht vertreten ist: In der Sache deutet «nichts darauf hin, dass der EuGH konsequent gegen die Schweiz entscheiden würde». Er habe im Gegenteil bewiesen, dass er auch in bilateralen Fragen sachlich und unparteiisch urteile. Kurzum: «Es sind gute Richter», sagt Oesch. Und für die Schweiz als kleinere Vertragspartnerin sei es mitunter besser, wenn gute Richter über Streitigkeiten entschieden statt machtbewusste Politiker.

Inwiefern diese Richter nun Swissgrid zu Hilfe kommen, bleibt abzuwarten. Ein erstes Urteil bei einer früheren Klage zu einem ähnlichen Fall ging verloren. Umgekehrt müsste Swissgrid gar nicht klagen, wenn die Schweiz und die EU sich bereits auf neue Verträge verständigt hätten.

Classe politique

Alec von Graffenried, Dompoteur, ist Stadtpresident der linken Stadt der Schweiz. Das ist manchmal kein einfacher Job. Weil das ausgesprochen linke Berner Stadtparlament ihm bisweilen bizarre Aufträge erteilt. Neuster Streich: Der Stadtrat fordert ein komplettes Verbot von Werbeplakaten in der ganzen Stadt Bern. Keine Plakate mehr. Ein grosser Gewinn in Sachen Lebensqualität. Dumm nur, dass wir immer noch im Kapitalismus leben: Der defizitäre Stadt Bern dürften dadurch jedes Jahr mehrere Millionen Franken entgehen.



Alec von Graffenried

E. Baume-Schneider, Abstimmungskämpferin, steht als SP-Magistrin unter scharfer Beobachtung. Bürgerliche haben jeweils rasch den Eindruck, sie lege sich zu wenig energisch gegen die 13. AHV-Rente ins Zeug. Dabei ist die Lage in ihrem Heimatkanton komplex: Im Jura hat die FDP Stimmfreigabe beschlossen. Dort muss sich Baume-Schneider also nur mässig ins Zeug legen, um zu sagen, sie sei auf Linie der Partei von Kassenwartin Keller-Sutter.

Solange diese Fragen offen sind, bleiben wohl auch die Chancen des geplanten Neuanlaufs in der Schwebe. *Daniel Friedli*

Der härteste Gegner sitzt in Genf

Hillel Neuer, langjähriger Kritiker des Palästinenserhilfswerks UNRWA, war seinem Ziel noch nie so nah

Andrea Kučera

Jahrelang hat der Genfer Menschenrechtsanwalt Hillel Neuer auf die Zerschlagung des Palästinenserhilfswerks UNRWA hingearbeitet. Doch so viel Aufmerksamkeit hatte er noch nie: Der Direktor der Organisation UN Watch sitzt an diesem Mittwoch im US-Repräsentantenhaus und ruft dazu auf, die Unterstützung der in Verruf geratenen Organisation nicht nur zu sistieren, sondern für immer einzustellen. «Die UNRWA ist bis in den Kern verrottet», behauptet Neuer.

In der Hand hält er den neuesten Bericht seiner NGO, er nennt es «UNRWA's Terrorgram». Es ist für ihn der neueste Beweis für die Infiltration des Hilfswerks durch die Terrororganisation Hamas. Auf 63 Seiten präsentiert UN Watch Screenshots aus einem Telegram-Chat von angeblich über 3000 UNRWA-Angestellten, vor allem Lehrern, in dem das Hamas-Massaker vom 7. Oktober verherrlicht wird.

Mehrere von ihnen posten, sie beteten für den Erfolg der Gotteskrieger, andere teilen Bilder oder Videos der blutigen Erstürmung eines Kibbuz. «Israels Zeit ist um», schreibt einer. Insgesamt 30 solcher Hassnachrichten listet die Organisation in ihrem Bericht auf.

«Sie sollten nicht erstauert sein darüber, was am 7. Oktober passiert ist», sagt Neuer zu den Abgeordneten, «denn das ist die Abgesandten, welche die Palästinenser seit 70 Jahren in den Schulen der UNRWA erhalten.» Hierzu muss man wissen, dass sich die Uno-Organisation in Gaza, aber auch in Libanon und Jordanien unter anderem um die Schulbildung der Palästinenser kümmert. Zum Schluss seiner Rede kommt Neuer unverhofft auf den Schweizer Aussenminister zu sprechen: «Wir müssen uns eingestehen: Ignazio Cassis hatte recht, als er sagte, dass wir mit der Unterstützung der UNRWA den Konflikt am Leben halten. Es ist Zeit, diese perverse Logik zu beenden.»

In der Tat stellte Cassis 2018 in einem vielbeachteten Interview



Ein Mitarbeiter des Palästinenserhilfswerks UNRWA verteilt in Gaza Hilfsgüter an geflüchtete Familien. (Dair El-Balah, 29. Januar 2024)



Hillel Neuer, Direktor der Organisation UN Watch.

die Zahlungen an die UNRWA in Frage. Ob er aber mit der Zitierung in diesem Kontext einverstanden ist, wollte das Aussendepartement auf Anfrage nicht kommentieren: «Das EDA finanziert die Organisation UN Watch nicht und kommentiert die Aussagen ihres Generaldirektors nicht.»

Vorwürfe gegen Lazzarini

Knapp eine Woche ist es her, seit das «Wall Street Journal» mit Verweis auf israelische Geheimdienstquellen über die Vorwürfe berichtet hat, wonach mindestens 12 Mitarbeitende des Uno-Hilfswerks in Gaza am Massaker Anfang Oktober beteiligt gewesen seien. Seither sistieren immer mehr Geldgeber ihre Unterstützung für die UNRWA. Und Neuer ist der Mann der Stunde.

Der schweizerisch-kanadische Doppelbürger aus Genf spricht nicht nur vor dem US-Kongress,

er gibt auch Interviews auf CNN und ABC News, postet Beiträge auf X und Instagram, die von Millionen von Menschen gesehen und von Zehntausenden gelikt werden. Wie gross sein Einfluss ist, zeigte sich erneut diese Woche. In einem Radiointerview verwies der israelische Botschafter in Deutschland auf den Telegram-Chat der 3000 UNRWA-Lehrer, um Deutschland zur definitiven Einstellung der Hilfsgeldzahlungen aufzufordern.

Auch in der Schweiz prägt UN Watch den Diskurs um die UNRWA mit. Mehrmals verwies die SVP in der Budgetdebatte im Dezember auf die Recherchen der Genfer NGO, um für ein Ende der Hilfsgeldzahlungen zu plädieren.

Was ist dran an den Behauptungen Neuers? Hat die Uno die Warnungen vor der Infiltration der UNRWA durch Terroristen zu wenig ernst genommen? «UNRW-

Die SVP will, dass Hillel Neuer vor der Aussenpolitischen Kommission in Bern auftritt.

A's Hasslehrer» oder «Uno-Lehrer rufen zum Mord an Juden auf» heissen die Berichte, die UN Watch in den letzten Jahren an die Verantwortlichen bei der Uno verschickt hat. Nie habe man eine Antwort bekommen, sagt der umstrittene Menschenrechtsanwalt im Gespräch mit dieser Zeitung.

Kritiker sagen, UN Watch sei keine Menschenrechtsorganisation, sondern mache Lobbying im Dienste Israels. Neuer dementiert die Verbindung zur Regierung Israels vehement. Seine Organisation erhalte keinen Penny von staatlicher Seite. «All unsere

Geldgeber sind Privatpersonen oder Stiftungen.»

Seine Haltung ist radikal: Die UNRWA-Verantwortlichen, allen voran der Generalkommissar Philippe Lazzarini, seien mitverantwortlich für das Attentat der Hamas. «Lazzarini wusste, dass seine Mitarbeitenden Terrorverherrlichen, wir haben ihn mehrfach darauf hingewiesen. Doch er hat nichts dagegen gemacht.»

Der Schweizer Spitzendiplomat weist diesen happigen Vorwurf entschieden zurück. Vor einer Sprecherin lässt Lazzarini ausrichten, die UNRWA sei in einem komplexen Umfeld eine Bastion gegen Hass und Gewalt. Zu Beginn jeder Anstellung und alle sechs Monate werde bei allen Mitarbeitenden ein Sicherheitscheck durchgeführt. Als Hilfswerk verfüge die UNRWA aber weder über eine Polizei noch über einen Geheimdienst. «Die Organisation ist weder rechtlich befügt, noch hat sie die Kapazität, die Tätigkeiten ihrer Angestellten ausserhalb der Arbeit zu überwachen.»

UNRWA wehrt sich

Im Übrigen teile man jedes Jahr mit dem israelischen Aussendepartement die Namen aller UNRWA-Mitarbeiter. In der Liste von 2022 seien auch die Namen der Angestellten gewesen, die angeblich am Attentat teilgenommen hätten. «Israel hat bei keinem einzigen Vorbehalt angemeldet», schreibt die UNRWA.

Ist die UNRWA Teil der Lösung oder des Problems? Bald kommt es in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK) zum Showdown: Am 25. März berät die APK darüber, ob die Schweiz das Hilfswerk trotz den Terrorvorwürfen weiterhin unterstützen soll. Bereits bekannt ist, dass Lazzarini angehört wird. Nun fordert die SVP auch für Neuer eine Einladung. «Ich will, dass in der Kommission auch die proisraelische Seite zu Wort kommt», bestätigt SVP-Nationalrat Pierre-André Page. Neuer würde die Einladung noch so gerne annehmen: «Ich habe wichtige Fakten zur UNRWA beizutragen.»

Europapolitik

Mit Rückenwind nach Brüssel

Der erste Anlauf ist am innenpolitischen Widerstand gescheitert, für den zweiten sieht es nun etwas besser aus. Im Dezember hat der Bundesrat Parlament, Kantone und Sozialpartner gefragt, ob er basierend auf den Vorgesprächen in neue Verhandlungen mit der EU über die bilateralen Verträge eintreten soll. In diesen Tagen treffen die Antworten ein, und das Echo ist, zumindest im Prinzip, positiv: Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates empfiehlt ein Ja, ebenso die Kantone (mit Ausnahme von Schwyz und Nidwalden) und die Wirtschaft. Für die Gewerkschaften ist die vorliegende Basis indes ungenügend, während die SVP

von neuen Verhandlungen ohne ihnen nichts wissen will.

Trotz diesem Rückenwind hat die Konsultation dem Bundesrat aber auch gezeigt, dass in verschiedenen Punkten noch Verbesserungen erwartet werden. Zu nennen ist etwa der Lohnschutz, die Regelung der Spesen für entsandte Arbeiter oder das Aufenthaltsrecht für EU-Bürger nach fünf Jahren.

Ersichtlich wurde aber auch: Die alleinige Einigung mit der EU wird kaum reichen, um ein tragbares Resultat zu erzielen, gefragt sind auch Reformen im Innern. Am weitesten gehen dabei die Gewerkschaften, sie fordern etwa eine Ausdehnung der Gesamt-

arbeitsverträge, was die Wirtschaft aber bis dato strikt ablehnt.

Und auch die Kantone finden, die innenpolitischen Gespräche für mehr Schutz der Löhne und des Sozialsystems müssten weitergehen, auch wenn sie selber dazu keine Vorschläge liefern. Und schliesslich wird für das Schicksal neuer Abkommen entscheidend sein, wie darüber abgestimmt wird: Unterstellt man sie bloss dem fakultativen Referendum oder einem obligatorischen, bei dem dann auch die Mehrheit der Kantone zustimmen muss? Um diese Fragen machen derzeit alle einen grossen Bogen, angefangen beim Bundesrat über die Aussenpolitiker im

Nationalrat bis hin zu den Kantonen selber.

In der Nationalratskommission unterlag die SVP mit dem Antrag, schon jetzt ein obligatorisches Referendum zu fordern. Und selbst die direkt betroffenen Kantone wollen sich dazu noch nicht äussern. Man könne diese Frage erst klären, wenn man das Verhandlungsergebnat kenne und die Tragweite der Neuerungen abschätzen könne, sagt der Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, der Aargauer Regierungsrat Markus Dieth.

Solange diese Fragen offen sind, bleiben wohl auch die Chancen des geplanten Neuanlaufs in der Schwebe. *Daniel Friedli*

pfister

BICO- Wochen

10%*
auf BICO
30.1.-25.3.2024

SWISS SINCE 1861

*10% auf das BICO-Sortiment, gültig bis 25.3.2024. Nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen, nicht gültig für Services und bereits erteilte Aufträge. **MyPfister Member profitieren von zusätzlichen 2% Bonus.**